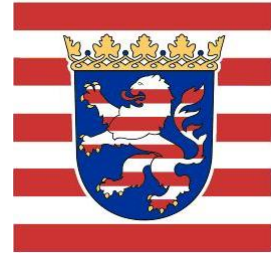




**HESSEN**



# **Bericht aus Brüssel**

**15/2020 vom 31.07.2020**

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	6
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	12
Energie.....	13
Digital.....	14
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	18
Soziales.....	20
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	21
Justiz.....	22
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	24
Information, Kommunikation und Medien.....	24
EU-Förderprogramme.....	25
Vorschau.....	26

### **Kommission; Brexit; 6. Verhandlungsrunde zur künftigen Partnerschaft EU-GBR**

Vom 20.-23.07.2020 hat die 6. Verhandlungsrunde zwischen der EU und GBR über die künftige Partnerschaft stattgefunden. Im Anschluss daran äußerte Michel Barnier, dass die derzeitige Weigerung des Vereinigten Königreichs, sich zu Bedingungen eines offenen und fairen Wettbewerbs und zu einem ausgewogenen Fischereiabkommen zu verpflichten, ein Handelsabkommen zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich mache. Barnier betonte, diese Punkte würden in der politischen Erklärung, einem sehr präzisen Text, ausdrücklich erwähnt. Sie seien Teil des politischen Engagements mit Premierminister Boris Johnson, welches vor acht Monaten mit der EU eingegangen wurde. Barnier erläuterte weiterhin man habe in dieser Woche nützliche Diskussionen über einige Fragen im Bereich Waren und Dienstleistungen und in den Bereichen der Koordinierung der sozialen Sicherheit und der Unionsprogramme geführt. Aber diese Verhandlungen seien komplex und erfordern, dass in allen Bereichen Fortschritte erzielt werden und davon sei man noch weit entfernt. Dem Ziel eines umfassenden und einheitlichen institutionellen Rahmens, der robuste Durchsetzungsmechanismen umfassen muss, sei man hingegen nähergekommen. Außerdem habe es gute Diskussionen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit gegeben. Über zwei wichtige Themen, Verkehr und Energie, gab es ebenfalls intensive und nützliche Diskussionen. Das Vereinigte Königreich fordere jedoch weiterhin binnenmarktähnliche Vorteile. Eine neue Verhandlungsrunde ist in der Woche ab dem 17.08.2020 vorgesehen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_20\\_1400](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_1400)

### **EuG; Klage wegen unterlassenen Ausschlusses des tschechischen Premierministers Babiš von den Verhandlungen des Europäischen Rates als unzulässig abgewiesen**

Am 17.07.2020 hat das Europäische Gericht (EuG) die Klage eines tschechischen Abgeordneten gegen den Europäischen Rat (ER) auf Feststellung, dass dieser es rechtswidrig unterlassen habe, den tschechischen Premierminister Andrej Babiš wegen eines vermeintlichen Interessenkonfliktes im Hinblick auf seine gleichzeitige Unternehmertätigkeit im Agrarbereich von den Tagungen des ER über den Mehrjährigen Finanzrahmen auszuschließen, als unzulässig und offensichtlich unbegründet abgewiesen. Es fehle an der erforderlichen Klagebefugnis des Klägers, da dieser weder Adressat des begehrten Ausschlussaktes noch hiervon individuell und unmittelbar betroffen gewesen wäre. Zudem sei die Klage offensichtlich unbegründet. Artikel 15 Abs. 2 EUV räume dem ER kein Ermessen ein, wer als Staats- und Regierungschef zu den Tagungen einzuladen ist. Dies falle in die ausschließliche Kompetenz und Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten und richte sich nach dem jeweiligen Verfassungsrecht. Ein Ausschluss Babiš durch den ER wäre ungeachtet der Frage nach einem Interessenkonflikt rechtlich nicht möglich gewesen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=8FFDB80CA60D52D122B6E5543E8F16AF?text=&docid=228761&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10365549>

### **Kommission; Manifest zur maximierten Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen**

Die Generaldirektion Forschung der Kommission veröffentlichte am 28.07.2020 ein Manifest, welches Leitprinzipien für die Begünstigten von EU-Forschungszuschüssen zur Prävention, Prüfung, Behandlung und künftig angestrebte Impfung gegen Coronaviren enthält. Durch die Initiative soll sichergestellt werden, dass die Forschungsergebnisse möglichst breit zugänglich sind und einen Ertrag für die öffentlichen Investitionen gewährleisten. Das Manifest strebt mit der freiwilligen Unterstützung seitens öffentlicher und privater Interessengruppen an, welche von EU-Mitteln, anderen Forschungsförderungen oder prominenten Personen und Institutionen profitieren. Zu den Leitprinzipien zählt, dass wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsergebnisse unverzüglich öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Zudem sollen andere Akteure das Recht haben, auf diesen Veröffentlichungen aufzubauen. Des Weiteren sollen, wenn möglich zeitlich begrenzte, nicht exklusive gebührenfreie Lizenzen für das geistige Eigentum herausgegeben werden, bis zu einem Jahr, nachdem die WHO erklärt hat, dass es sich nicht mehr um einen „Notfall der öffentlichen Gesundheit von internationaler Bedeutung“ handelt. Mehrere Forschungsnetzwerke und Organisationen im Bereich des Wissenstransfers aus ganz Europa haben das Manifest bereits unterzeichnet.

[https://ec.europa.eu/info/news/commission-launches-manifesto-maximise-accessibility-research-results-fight-against-coronavirus-2020-jul-28\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/commission-launches-manifesto-maximise-accessibility-research-results-fight-against-coronavirus-2020-jul-28_de)

### **Kommission; Verlängerung der Mehrwertsteuer- und Zollerleichterungen für die Einfuhr medizinischer Geräte**

Am 23.07.2020 entschied die Kommission, die vorübergehende Befreiung von Zöllen und der Mehrwertsteuer auf die Einfuhr von medizinischen Geräten und Schutzausrüstungen aus Drittländern bis zum 31.10.2020 zu verlängern, um den Kampf gegen das Coronavirus zu unterstützen. Die Zollbefreiung umfasst Masken, Schutzausrüstungen, Testkits, Beatmungsgeräte sowie andere medizinische Geräte. Mit dieser Entscheidung wird die ursprüngliche Frist von sechs Monaten um weitere drei Monate verlängert.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200723-mehrwertsteuer-und-zollerleichterungen-medizinprodukte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200723-mehrwertsteuer-und-zollerleichterungen-medizinprodukte_de)

### **Kommission; Vorläufige Bewertung der zwei Investitionsinitiativen**

Die Kommission veröffentlichte am 29.07.2020 eine vorläufige Bewertung der zwei „Coronavirus Response Investment Initiative“ (CRII, CRII+) (vgl. BaB 07/2020). Seit der Annahme des ersten CRII-Vorschlags haben laut Kommission die Mitgliedstaaten mit beispielloser Geschwindigkeit große Mengen an kohäsionspolitischen Ressourcen zur Bekämpfung der Coronavirus-Krise mobilisiert. Bisher hätten 26 Mitgliedstaaten und GBR von den im Rahmen der CRII vorgesehenen Flexibilität Gebrauch gemacht. 18 Mitgliedstaaten hätten ihre kohäsionspolitischen Programme entsprechend angepasst. Darüber hinaus konnten dank CRII laut Kommission und der Änderung der internen Verfahren der Kommission, die eine rasche Behandlung aller Anträge ermöglichen, Programmänderungen in Rekordzeit genehmigt werden. Infolgedessen gäbe es bereits 88 bestätigte coronavirusrelevante Programmänderungen aus 18 Mitgliedstaaten. Es wird erwartet, dass noch viele weitere Anmeldungen von Programmänderungen in den nächsten Wochen bei der Kommission eingehen. Die Kommission plant im Oktober einen Bericht über die Ergebnisse der CRII-Pakete zu veröffentlichen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_20\\_1427](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_1427)

### **Kommission; Arzneimittelagentur baut Infrastruktur zum Monitoring von Covid-19 aus**

Die europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat ihre Infrastruktur zum Monitoring von Behandlungsmethoden und Impfstoffen von Covid-19 weiter ausgebaut. Wie die EMA am 21.07.2020 verkündet hat, wurden zur Datenerhebung hinsichtlich des Einflusses von Covid-19 in der Schwangerschaft eine Kooperation mit der Universität Utrecht vereinbart. Im Juni beauftragte die EMA bereits das Unternehmen IQVIA damit, einen Rahmen zu Studien für die Verwendung von Arzneimitteln bei mit dem Virus SARS-CoV-2 infizierten Patienten zu entwickeln. Zuvor hatte die EMA im Mai das ACCESS Projekt gestartet, um die Verwendung von Forschungsdaten für das Monitoring der Effektivität und Sicherheit von Impfstoffen im Rahmen von klinischen Studien zu gewährleisten.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-ema-sets-infrastructure-real-world-monitoring-treatments-vaccines>

### **Kommission; EU sichert Zugang zu Covid-19 Medikament Remsdivir**

Die Kommission hat am 29.07.2020 mit dem Pharmaunternehmen Gilead einen Vertrag zur Sicherstellung der Versorgung mit dem Wirkstoff Remsdivir unterzeichnet. Das unter dem Markennamen Verklury vertriebene Arzneimittel wurde als erstes Medikament zur Behandlung von Covid-19 in der EU zugelassen. Die ersten Chargen sollen bereits Anfang August geliefert werden. Die Vertragssumme beziffert sich auf 63 Mio. EUR aus dem Soforthilfeinstrument und soll zur Behandlung von 30.000 Patienten mit schweren Verläufen genutzt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_1416](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1416)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Rat; EU-Außenminister beschließen Maßnahmenpaket als Reaktion auf das Sicherheitsgesetz für Hongkong**

Am 28.07.2020 haben sich die EU-Außenminister auf ein Paket an Maßnahmen als Reaktion auf das Sicherheitsgesetz für Hongkong geeinigt. In ihrem Ratsbeschluss äußerten die EU-Außenminister ernste Besorgnis über das vom Nationalen Volkskongress von China am 30.06.2020 verabschiedete Sicherheitsgesetz für Hongkong und bekräftigten die Unterstützung der EU für das hohe Maß an Autonomie Hongkongs sowie ihre Solidarität mit der dortigen Bevölkerung. Dazu verabschiedeten sie ein koordiniertes Maßnahmenpaket in den Bereichen der Asyl-, Migrations-, Visa- und Aufenthaltspolitik, dem Exportstopp von Überwachungstechnik nach Hongkong, der Ermöglichung von Stipendien und akademischem Austausch für Studenten aus Hongkong, der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Durchführung von Auslieferungsabkommen der Mitgliedstaaten sowie weiterer einschlägiger Abkommen mit Hongkong. Sie forderten zudem eine Überprüfung der Umsetzung des nationalen Sicherheitsgesetzes und der Auswirkungen des EU-Maßnahmenpaketes bis Ende 2020.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/07/28/hong-kong-council-expresses-grave-concern-over-national-security-law/>

## **EP; Sonder-Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 23.07.2020**

### Debatte zum Ergebnis des Gipfels

Am 23.07.2020 fand eine Sondersitzung des EP statt, in der das EP seine Position zum Ergebnis des Europäischen Rats (ER) vom 17.-21.07.2020 im Rahmen einer Debatte und einer Entschließung zum Ausdruck brachte. In der Debatte mit den Präsidenten von ER und Kommission, Charles Michel und Ursula von der Leyen, wurde die auf der jüngsten Tagung des ER erzielte Einigung über den Aufbaufonds von vielen MdEP als "historisch" bezeichnet, da sich die Mitgliedstaaten zum ersten Mal darauf geeinigt haben, gemeinsame Schulden in Höhe von 750 Mrd. EUR aufzunehmen. Mit den Kürzungen am langfristigen Haushalt (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) waren die meisten jedoch nicht zufrieden. "Wir sind nicht bereit, die bittere MFR-Pille zu schlucken", sagte der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU). Der MFR gebe in dieser Form nicht die richtigen Antworten. Es sei nicht genug Geld vorgesehen für die Zukunftsthemen Innovation, FRONTEX und Krebsforschung. Die EU sei kein Geldautomat für die nationalen Haushalte. Es könne nicht sein, dass 90% der Gelder direkt in die nationalen Haushalte gingen. Es könne nicht sein, dass Gelder fließen, wenn der Rechtsstaat nicht respektiert werde. Auch die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) wollte die Kürzungen nicht akzeptieren: „Nicht zu einer Zeit, in der wir unsere strategische Autonomie stärken und die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten verringern müssen“. Sie lobte allerdings den Durchbruch bei der Aufnahme gemeinsamer Schulden. Auch der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Ciolos (RN/ROM) sprach von einem historischen Schritt, dass die Aufnahme gemeinsamer Schulden gelungen sei. Allerdings dürfe dieses Geld nicht in die nationalen Haushalte fließen. Er forderte deswegen eine „echte, gesamteuropäische Investitionsstrategie“. Vor dem Beginn der Rückzahlung müssten echte neue Eigenmittel eingeführt werden. Der ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Nicolas Bay (ID/FRA) kritisierte die Einigung als einen weiteren Schritt in Richtung supranationalen Staat Europa. Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) kritisierte die frugalen Vier als „geizig“. Diese Mitgliedstaaten wollten die „Butter des Binnenmarktes haben ohne den Preis dafür zu bezahlen.“ Die „geizigen Vier“ sollten ihren Ländern erklären, wie sehr sie von der europäischen Integration profitierten. MdEP Roberts Zile (ECR/LET) sprach für die ECR-Fraktion. Er sagte, es komme jetzt darauf an, schnell zu handeln und seine Fraktion glaube daran, dass die nationalen Regierungen befähigt seien, schnell zu handeln. Seine Fraktion bedauere, dass die Mittel erst nach 12 Monaten zur Verfügung stehen könnten. Außerdem bedauere sie die Kürzungen bei der Landwirtschaft und werde im Übrigen konstruktiv mitarbeiten, damit die Mittel bald fließen könnten. Der GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) erklärte, das Ergebnis sei schlicht enttäuschend und würde einem Wirtschaftseinbruch von bis zu 10% nicht gerecht. Rechtsstaatlichkeit und freie Presse – das seien keine Güter, die man „für ein paar Mrd. verscherbeln sollte“. Europa habe eine Chance verpasst und er sei sich nicht sicher, ob es eine zweite Chance bekommen werde. Viele MdEP betonten, dass die Frage der Rückzahlung der Schulden nicht gelöst sei. Verschiedene Abgeordnete bestanden darauf, dass ein robustes System neuer Eigenmittel einschließlich einer digitalen Steuer oder Kohlenstoffabgabe für die Rückzahlung mit einem verbindlichen Zeitplan garantiert werden müsse. Darüber hinaus betonten nach MdEP Weber noch eine ganze Reihe weiterer MdEP, dass "die EU kein Geldautomat für die nationalen Haushalte" sei. Mehrere MdEP bestanden darauf, dass keine Gelder an "pseudodemokratische" Regierungen gehen sollten, die die Rechtsstaatlichkeit und die Werte der EU nicht achten, so beispielsweise MdEP Moritz Körner (RN/DEU), der

einen „Rettungsschirm für den Rechtsstaat in Europa“ forderte. MdEP der Fraktionen ID und ECR waren skeptischer gegenüber neuen Eigenmitteln und warfen die Frage auf, ob solche Mittel auch genügend zusätzliche Einnahmen bringen, um alle Schulden zurückzuzahlen. MdEP der ID-Fraktion warnten davor, die Krise als Vorwand für eine weitere EU-Integration zu benutzen. Die meisten MdEP betonten jedoch, dass das EP zu raschen Verhandlungen bereit ist, um die notwendigen Verbesserungen am Gemeinsamen Standpunkt des Rates vorzunehmen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-07-23-ITM-008\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-07-23-ITM-008_DE.html)

### Entschließung zum Ergebnis des Gipfels

In einer Entschließung zu den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates (ER) vom 17.-21.07.2020, die von den Fraktionen EVP, S&D, RN, GRÜNE und GUE eingebracht worden war, würdigten die MdEP alle Arbeitnehmer, die gegen die Pandemie gekämpft haben. Sie unterstrichen, dass „die Menschen in der EU eine kollektive Pflicht zur Solidarität haben“. Die Entschließung wurde am 23.07.2020 mit einer Mehrheit von 465 - 150 - 67 angenommen. In dem Entschließungstext, der als Mandat für die bevorstehenden Verhandlungen über die künftige Finanzierung und Sanierung der EU dient, begrüßt das EP die Annahme des Aufbaufonds durch die Staats- und Regierungschefs der EU und bezeichnet ihn als „historischen Schritt für die EU“. Die MdEP bedauern jedoch die „massive Kürzung der Zuschüsse“ und fordern eine volle demokratische Beteiligung des Parlaments an dem Aufbauinstrument, das „den gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments keine formelle Rolle“ zuweist. Bezüglich des langfristigen EU-Haushalts missbilligten die MdEP die Kürzungen bei den zukunftsorientierten Programmen und sind der Ansicht, dass diese Kürzungen „die Grundlagen einer nachhaltigen und robusten Erholung untergraben werden“. Den Leitprogrammen der EU für Klimaschutz, digitalen Wandel, Gesundheit, Jugend, Kultur, Forschung oder Grenzmanagement droht, dass sie 2021 erheblich weniger Mittel erhalten als noch 2020. Die MdEP wiesen außerdem darauf hin, „dass der EU-Haushalt insgesamt ab 2024 unter dem Niveau von 2020 liegen wird, was die Verpflichtungen und Prioritäten der EU gefährdet“. Das EP akzeptiert daher die politische Einigung des ER über den langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 in seiner jetzigen Form nicht und wird „keine vollendeten Tatsachen absegnen“. Die MdEP sind bereit, ihre „Zustimmung zum MFR (Mehrjähriger Finanzrahmen) zu verweigern, bis bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen EP und Rat eine zufriedenstellende Einigung erzielt wird“, vorzugsweise bis spätestens Ende Oktober, damit die EU-Programme ab 2021 reibungslos anlaufen können. Sollte jedoch ein neuer MFR nicht rechtzeitig angenommen werden, erinnern die MdEP daran, dass Artikel 312 Abs. 4 AEUV die vorübergehende Verlängerung der Obergrenze des letzten Jahres des derzeitigen MFR (2020) vorsieht und dass dies mit dem Aufbauplan und der Annahme der neuen MFR-Programme voll und ganz vereinbar wäre. Das EP „bedauert zutiefst, dass der ER die Bemühungen der Kommission und des Parlaments, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie im Rahmen des MFR und des Aufbauinstruments“ erheblich geschwächt hat und erinnert daran, dass die Verordnung zur Rechtsstaatlichkeit im Verfahren der Mitentscheidung verhandelt und verabschiedet wird. Die MdEP bekräftigen, dass das EP seine Zustimmung zum MFR nicht ohne eine Einigung über die Reform des Eigenmittelsystems der EU geben wird, einschließlich der Einführung einer Reihe neuer Eigenmittel bis zum Ende des MFR 2021-2027, mit der zumindest die Kosten im Zusammenhang mit „Next Generation EU“ (Kapital und Zinsen) gedeckt werden sollen. Die MdEP sind der Meinung, dass die Staats- und Regierungschefs der EU es versäumt hätten, die Frage des Gegenfinanzierungsplans für das Aufbauinstrument anzugehen und erinnern daran, dass es dafür nur drei



Optionen gibt: Weitere Kürzungen der EU-Programme, die Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten oder die Schaffung neuer Eigenmittel. Letzteres sei die einzige Methode der Gegenfinanzierung, die das EP akzeptiere. Das EP fordert des Weiteren, dass eine rechtsverbindliche MFR-Halbzeitrevision bis spätestens Ende 2024 in Kraft tritt, und betont, dass diese Revision die Obergrenze für den Zeitraum 2025-2027, die Einführung zusätzlicher Eigenmittel und die Umsetzung der Klima- und Biodiversitätsziele umfassen muss.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0206\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0206_DE.pdf)

## Wirtschaft

### **Kommission; Öffentliche Konsultation zu überarbeiteten EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen**

Am 23.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf der überarbeiteten EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen eingeleitet. In den Regionalbeihilfeleitlinien sind die Voraussetzungen, unter denen Regionalbeihilfen als mit dem Binnenmarkt vereinbar erachtet werden können und die Kriterien festgelegt, anhand deren festgestellt werden kann, ob ein Gebiet die Voraussetzungen des Artikels 107 Abs. 3 Buchstabe a oder c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfüllt. Regionalbeihilfen sind ein wichtiges Instrument der Mitgliedstaaten zur Stärkung der regionalen Entwicklung. Sie sollen die wirtschaftliche Entwicklung von benachteiligten Gebieten in der EU voranbringen und gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten schaffen. Die Überarbeitung der geltenden Regionalbeihilfeleitlinien erfolgt im Rahmen einer „Eignungsprüfung“ mit der die Kommission feststellen will, ob die im Jahr 2012 angenommenen Rechtsvorschriften zur Modernisierung des EU-Beihilferechts noch zweckmäßig sind. Der Entwurf der überarbeiteten Leitlinien spiegelt auch die neuen Prioritäten des europäischen Green Deal und der Industrie- und Digitalstrategie der EU wider. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 30.09.2020.

[https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020\\_rag/index\\_en.html](https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_rag/index_en.html)

### **EuRH; Durchsetzung von Handelsschutzpolitik durch Kommission erfolgreich**

Am 23.07.2020 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) den Sonderbericht „Handelspolitische Schutzinstrumente: Wirkungsvoller Schutz von EU-Unternehmen gegen gedumpte und subventionierte Einfuhren“ veröffentlicht. Der EuRH untersuchte, ob die Kommission im Zeitraum von 2016 bis 2019 die Handelsschutzpolitik, also Maßnahmen zum Schutz europäischer Unternehmen gegen unfaire Praktiken im internationalen Handel, erfolgreich durchgesetzt hat. Dabei gelangte der EuRH zu dem Schluss, dass das System zur Einführung von Handelsschutzmaßnahmen gut funktioniert. Die Kommission habe die vorgeschriebenen Verfahren während der Untersuchungen ordnungsgemäß eingehalten und ihre Entscheidungen in zufriedenstellender Weise untermauert. Der EuRH konstatierte jedoch auch, dass die Kommission mehr tun könne, um handelspolitische Schutzmaßnahmen effizienter und wirksamer zu gestalten. Sie könne etwa bestimmte Kontrollen besser dokumentieren und die Art und Weise verbessern, wie sie diese Maßnahmen und die Gesamtwirksamkeit der Politik überwacht.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20\\_17/SR\\_trade\\_defence\\_instruments\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_17/SR_trade_defence_instruments_DE.pdf)



### **Rat; Festlegung des partiellen Mandats für Verhandlungen zu REACT-EU**

Am 22.07.2020 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten die partielle Verhandlungsposition des Rats zu der Initiative REACT-EU (vgl. BaB 11/2020) gebilligt. Im Standpunkt des Rats sind die finanziellen Aspekte der Vorschläge vorerst ausgenommen und daher im angenommenen Text auch in Klammern gesetzt. Neu gegenüber dem Vorschlag der Kommission ist u.a. die Aufnahme einer Vorschrift, die die Förderfähigkeit bestimmter Maßnahmen bereits rückwirkend ab dem 01.02.2020 vorsieht. Sobald sich das EP auf einen Standpunkt zu REACT-EU geeinigt hat, werden Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission aufgenommen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9426-2020-INIT/en/pdf>

### **Rat; Festlegung des partiellen Mandats zur Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen**

Am 22.07.2020 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten die partielle Verhandlungsposition des Rats zu dem Vorschlag der Kommission vom 28.05.2020 zur Änderung der bereits am 29.05.2018 vorgelegten „Dachverordnung“ für die Fonds in geteilter Mittelverwaltung für den Zeitraum von 2021 bis 2027 (COM (2018) 375; vgl. BaB 12/2020) gebilligt. Im Standpunkt des Rates sind die finanziellen Aspekte des Vorschlags vorerst ausgeschlossen. Sobald sich das EP auf einen Standpunkt geeinigt hat, werden auch hier Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission aufgenommen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9428-2020-INIT/en/pdf>

### **Rat; Festlegung des partiellen Mandats zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zum Kohäsionsfonds**

Am 22.07.2020 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten die partielle Verhandlungsposition des Rats zum Vorschlag der Kommission vom 28.05.2020 zur Änderung des Entwurfs der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds (vgl. BaB 12/2020) gebilligt. Im Standpunkt sind die finanziellen Aspekte des Vorschlags vorerst ausgeschlossen. Sobald sich das EP auf einen Standpunkt geeinigt hat, werden gleichfalls Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission aufgenommen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9430-2020-INIT/en/pdf>

### **Kommission; Umsetzung der Entscheidungen der Welthandelsorganisation im Fall Airbus SE**

Am 24.07.2020 veröffentlichte die Kommission eine Pressemitteilung, in welcher sie betonte, dass den Entscheidungen der Welthandelsorganisation (WTO) im Fall Airbus SE in vollem Umfang nachgekommen worden sei und die USA nunmehr keinen Grund mehr habe, ihre Gegenmaßnahmen im Hinblick auf EU-Ausfuhren aufrechtzuerhalten. Am gleichen Tag hatten sich die Regierungen FRA und ESP mit Airbus SE darauf geeinigt, die Bedingungen der von ihnen für die Entwicklung des Luftfahrzeugs A350 gewährten rückzahlbaren Anschubinvestitionen entsprechend der WTO-Entscheidungen zu ändern. Handelskommissar Phil Hogan ruft die USA im Gegenzug auf, „ungerechtfertigte Zölle“ auf europäische Produkte unverzüglich aufzuheben. Solche seien nun, insbesondere angesichts der Einhaltung der Entscheidungen der WTO, nicht hinnehmbar. Sollte es zu keiner Einigung kommen, sei die EU auch bereit, ihre eigenen Sanktionsrechte in vollem Umfang auszuüben.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_1405](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1405)

### **Rat; Annahme der Beschlüsse über die Unterzeichnung des Abkommens über geografische Angaben zwischen EU und China**

Am 20.07.2020 nahm der Rat die Beschlüsse über die Unterzeichnung des ersten bedeutenden bilateralen Handelsabkommens zwischen der EU und China an. Mit dem

Abkommen sollen 100 „Geographical Indications“ (GI) der EU für die Agrar- und Ernährungswirtschaft auf dem chinesischen Markt geschützt werden. Gleiches gilt ebenso für 100 chinesische Produkte innerhalb der EU. Dadurch soll eine gegenseitige Achtung der beiden landwirtschaftlichen Traditionen gewährleistet werden. Vier Jahre nach dem Inkrafttreten wird der Geltungsbereich auf je 175 weitere Produkte pro Seite ausgeweitet. Zudem ist vorgesehen, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere GI hinzugefügt werden können. Die Unterzeichnung des Abkommens und die Zustimmung des EP stehen noch aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/07/20/eu-china-council-authorises-signature-of-the-agreement-on-geographical-indications/>

### **Kommission; Dialog zwischen der EU und China über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen**

Am 27.07.2020 trafen sich die EU und China zu ihrem 8. Handels- und Wirtschaftsdialog (HED). Der HED konzentrierte sich insbesondere auf das Erreichen einer gemeinsamen Antwort auf Fragen der Covid-19-Pandemie und der globalen Wirtschaftsführung, bilateraler Handels- und Investitionsanliegen sowie auf die Zusammenarbeit im Bereich der Finanzdienstleistungen und des Steuerwesens. Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis erklärte, dass für diverse Knackpunkte in der Beziehung zwischen der EU und China noch vor dem nächsten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Herbst weitere Fortschritte zu erzielen seien.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_20\\_1419](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_1419)

### **Kommission; Einrichtung der Funktion des Chief Trade Enforcement Officers**

Am 24.07.2020 hat die Kommission die Position des Leitenden Handelsbeauftragten (Chief Trade Enforcement Officer – CTEO) offiziell eingerichtet und diese Denis Redonnet, dem neuen stellvertretenden Generaldirektor in der Generaldirektion Handel, übertragen. Die Einführung des CTEO soll die Um- und Durchsetzungsagenda der EU sowohl innerhalb der Union als auch weltweit stärken. Überdies soll die Funktion des CTEO dazu beitragen, dass EU-Experteure auf den Partnermärkten gewinnbringender tätig sind. Zudem soll die neue Funktion – insbesondere in Bezug auf die Klimaagenda und Arbeitnehmerrechte – die Durchsetzung der Verpflichtungen zur nachhaltigen Entwicklung verbessern. Schließlich bezweckt die Ernennung des CTEO die Überwachung und Verbesserung der Einhaltung von bestehenden Handelsabkommen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_1409](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1409)

### **Kommission; Aufruf der EU zu Ideen für innovative Partnerschaften zwischen EU-Regionen**

Am 27.07.2020 hat die Kommission eine Aufforderung zur Interessenbekundung für innovative Partnerschaften zwischen EU-Regionen im Bereich von Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen veröffentlicht. Die Frist zur Aufforderung zur Interessenbekundung läuft bis zum 07.09.2020. Das Ziel der Aufforderung liegt in der Unterstützung der Regionen, die Chancen der Covid-19-Krise nutzen zu können und deren Resilienz zu stärken. Die Themenschwerpunkte bilden die Bereiche Gesundheit, Tourismus, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Das vorliegende Gesamtbudget für die Entwicklung von vier thematischen Partnerschaften beläuft sich auf 400.000 EUR (bis zu 100.000 EUR pro Partnerschaft) und stammt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-expressions-of-interest/](https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-expressions-of-interest/)

### **Rat; Einrichtung eines „Instruments für technische Unterstützung“**

Am 22.07.2020 billigten die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) den Standpunkt des Rates zur Schaffung eines „Instruments für technische Unterstützung“. Dieses Instrument soll den MS dienen, ihre Verwaltungskapazitäten zu stärken sowie Reformen zur Verbesserung ihrer Resilienz und Unterstützung ihrer Erholung sowohl vorzubereiten als auch umzusetzen. Die im Entwurf vorhandenen Haushaltsaspekte bleiben allerdings vorerst ausgespart. Sobald das EP seine Position festgelegt hat, können die Triloggespräche aufgenommen werden. Das „Instrument für technische Unterstützung“ bildet den Nachfolger des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und soll gewährleisten, dass die Kommission weiterhin ihr Fachwissen in den MS anbieten kann und dass die MS im Gegenzug über die notwendigen Kapazitäten verfügen. Auch sieht der Standpunkt die Möglichkeit der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln durch die MS für die technische Unterstützung der EU vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/07/22/council-agrees-its-position-on-an-instrument-to-support-implementation-of-reforms-for-a-sustainable-recovery/>

### **Kommission; Einrichtung der Task Force „Wiederaufbau und Wiederherstellung“**

Am 21.07.2020 wurde im Anschluss an die Einigung des Europäischen Rates auf einen überarbeiteten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 innerhalb des Generalsekretariats der Kommission eine Task Force für Wiederaufbau und Wiederherstellung eingerichtet, welche direkt bei Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angesiedelt ist. Das primäre Ziel der Task Force ist die Umsetzung des Wiederaufbauplans in der gesamten EU. Ab dem 16.08.2020 soll die Task Force ihre Aufgaben wahrnehmen. Sie wird u.a. die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer Wiederherstellungs- und Belastbarkeitspläne unterstützen und diese auf Gesetzmäßigkeit und Konformität mit den Zielen des grünen und digitalen Übergangs hin überprüfen, aber auch den Umgang mit der finanziellen Unterstützung überwachen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_20\\_1407](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_20_1407)

### **EuRH; Aufruf zur Leistungsorientierung des Fonds für einen gerechten Übergang**

Am 22.07.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission vom 14.01.2020 und vom 28.05.2020 für eine Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF). Hierin hebt der EuRH die Wichtigkeit einer stärkeren Verknüpfung mit den Klima- und Umweltzielen der EU hervor. Zwar würden zur Förderung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 erhebliche Mittel bereitgestellt werden, der EuRH ruft aber dazu auf, dem Bedarf und der Leistungserbringung mehr Beachtung zu schenken. Zudem weisen die Prüfer darauf hin, dass die Kommission zur Begründung des geänderten Betrags der Mittelausstattung keine vorherige Folgenabschätzung durchgeführt habe. Außerdem bemängeln die Prüfer, dass die Verbindung zwischen Leistung und Finanzierung relativ schwach ausgeprägt sei. Die vorgeschlagene Methode für die Mittelzuweisung biete nur geringe Anreize für den notwendigen Strukturwandel. Zudem würden zwar gemeinsame Output- und Ergebnisindikatoren vorgeschlagen, das Ziel eines Ausstiegs aus CO2-intensiven Sektoren werde damit aber nicht eindeutig erfasst. Daher sehen die Prüfer das Risiko, dass der JTF nicht dazu beitragen werde, die starke Abhängigkeit von CO2-intensiven Tätigkeiten zu beenden.

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/op20\\_05/op20\\_05\\_en.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/op20_05/op20_05_en.pdf)

## **Kommission; Öffentliche Konsultation zu interregionalen Innovationsinvestitionen**

Am 30.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer neuen interregionalen Initiative für Innovationsinvestitionen eingeleitet. Diese hatte die Kommission in ihrer Mitteilung „Stärkung der Innovationen in Europas Regionen“ vom 18.07.2017 für den nächsten Programmplanungszeitraum 2021-2027 vorgeschlagen, in welchem die interregionale Zusammenarbeit für Innovation über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit einem Budget von etwa 500 Mio. EUR verstärkt werden soll. Ziel der neuen Initiative sei es, öffentlich-private Investitionen zu mobilisieren und die verfügbaren Budgets wirkungsvoll zu nutzen. Im Wege der Konsultation will die Kommission Ideen für u.a. die Weiterentwicklung dieses neuen Instruments sowie zu Kriterien von Investitionsbereichen und Modalitäten möglicher Unterstützungen einholen. Gelegenheit zur Stellungnahme gibt es bis zum 30.09.2020.

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/newsroom/consultations/interregional-innovation/](https://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/consultations/interregional-innovation/)

## **Eurostat; Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr im Mai 2020**

Aus einer am 16.07.2020 veröffentlichten Schätzung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) ergibt sich, dass die Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt im Mai 2020 bei 143,3 Mrd. EUR lagen, was einem Rückgang von 29,5% gegenüber Mai 2019 (203,4 Mrd. EUR) entspricht. Die Einfuhren aus der restlichen Welt beliefen sich auf 133,9 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Rückgang von 26,7% gegenüber Mai 2019 (182,7 Mrd. EUR). Infolgedessen registrierte der Euroraum im Mai 2020 einen Überschuss von 9,4 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +20,7 Mrd. EUR im Mai 2019. Der Intra-Euroraum-Handel belief sich im Mai 2020 auf 125,3 Mrd. EUR, damit ist ein Rückgang von 27,9% gegenüber Mai 2019 zu verzeichnen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10300271/6-16072020-AP-DE.pdf/1a5a8657-66aa-f704-7951-7c10299ac691>

## **Eurostat; Produktion im Baugewerbe im Mai 2020 im Vergleich zum Vorjahr**

Am 17.07.2020 hat das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) eine Schätzung veröffentlicht, wonach im Mai 2020 die Produktion im Baugewerbe gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr im Euroraum um 11,0% und in der EU um 10,3% gesunken ist. Im Hochbau sank die Bautätigkeit im Euroraum im Mai 2020 gegenüber Mai 2019 um 13,2% und im Tiefbau um 5,1%. In der EU sank die Bautätigkeit im Mai 2020 gegenüber dem Vorjahr um 11,6% im Hochbau und um 4,1% im Tiefbau. In DEU wurde im jährlichen Vergleich ein Anstieg von +1,7% registriert.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11107905/4-17072020-BP-DE.pdf/59c1a306-e165-bd77-e412-4da82cc10d3e>

## **V e r k e h r**

### **Kommission; Konsultation zur geplanten Durchführungsverordnung zu den technischen Anforderungen bei der Risikoklassifizierung**

Die Kommission startete eine bis zum 12.08.2020 laufende Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung, mit der die Meldung von sicherheitsbezogenen Vorkommnissen in der Zivilluftfahrt, die ein Luftfahrzeug oder Fluggäste gefährden könnten, genormt werden sollen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 376/2014 vom



03.04.2014 über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt. Die geplante Durchführungsverordnung als implementierter Rechtsakt soll die Regeln für die technische Umsetzung einer genormten und umfassenden Methodik für die Klassifizierung des Risikos im Bereich der Flugsicherheit festlegen. Die Annahme ist noch für 2020 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12358-Implementation-of-the-common-European-Risk-Classification-Scheme>

### **Kommission; Konsultation zur geplanten Durchführungsverordnung im Bereich Luftverkehrssicherheit zum Risikobegriff**

Die Kommission startete eine bis zum 12.08.2020 laufende Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Risikobegriff im Bereich Flugsicherheit gemäß der Verordnung (EU) Nr. 376/2014 vom 03.04.2014 über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt. Diese Durchführungsverordnung ist als delegierter Rechtsakt geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12514-Definition-of-the-Common-European-Risk-Classification-Scheme-for-civil-aviation-occurrences>

## E n e r g i e

### **Kommission; Bericht zur Bewertung der Fortschritte hinsichtlich der nationalen Energieeffizienzziele 2020**

Die Kommission veröffentlichte am 20.07.2020 ihren Bericht über die „Bewertung der Fortschritte der Mitgliedstaaten (MS) hinsichtlich der nationalen Energieeffizienzziele für 2020 und bei der Durchführung der Richtlinie zur Energieeffizienz gemäß Artikel 24 Abs. 3 der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz (2019)“. Der Bericht betrachtet die bis 2018 erzielten Fortschritte bei der Verwirklichung der EU-Energieeffizienzziele. Aus dem Bericht ergibt sich, dass bis 2018 zwölf MS ihren Energieendverbrauch verringern oder unter den Werten des Zielpfads für die Erreichung ihrer indikativen Ziele bis 2020 halten konnten. Dennoch laufen mehrere MS Gefahr, ihren nationalen Verpflichtungen zur Energieeinsparung bis Dezember 2020 nicht nachkommen zu können. In Bezug auf DEU nimmt die Kommission hingegen an, dass die nationalen Energieeinsparungsziele erreicht werden. Eine seit 2014 zu beobachtende Zunahme des Energieverbrauchs wurde 2018 unterbrochen. Dies sei teilweise auf den warmen Winter zurückzuführen. Dennoch bestehe das Problem des Zusammenhangs von zunehmender Wirtschaftstätigkeit und einem Ausbleiben neuer Energieeffizienzmaßnahmen, welches zu einer erhöhten Energienachfrage führen werde.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0326&from=DE>

### **Kommission; Öffentliche Konsultation zu erneuerbarer Offshore-Energie**

Am 22.07.2020 hat die Kommission eine noch bis zum 24.09.2020 laufende öffentliche Konsultation zu ihrer EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie eingeleitet. Diese soll noch im Laufe des Jahres verabschiedet werden. Die Nutzung dieser Quellen ist ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Grünen Deals. Die Strategie zielt insbesondere auf die Entwicklung, den Ausbau und die Integration von erneuerbarer Offshore-Energie in die Energiequellen der EU sowie auf die Erreichung der angestrebten Klimaziele in 2030 und 2050 ab. Energiekommissarin Kadri Simson betonte, dass die Produktion von Offshore-Energie innerhalb der EU um das

Zwanzigfache gesteigert werden müsse, um bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu können. Der Geltungsbereich der Strategie solle alle europäischen Meere und den Atlantischen Ozean umfassen.

[https://ec.europa.eu/info/news/preparing-eu-strategy-offshore-renewables-have-your-say-2020-jul-16\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/preparing-eu-strategy-offshore-renewables-have-your-say-2020-jul-16_de)

## Digital

### **Kommission; Bewertungsliste für Künstliche Intelligenz veröffentlicht**

Die von der Kommission eingesetzte hochrangige Expertengruppe für Künstliche Intelligenz (KI) hat am 17.07.2020 die endgültige Fassung der Bewertungsliste für vertrauenswürdige KI veröffentlicht. Über ein internetbasiertes Tool soll die Bewertungsliste Unternehmen und Organisationen helfen, ethische Anforderungen an KI einzuhalten. Im Rahmen eines Pilotprojekts hatten 350 KI-Akteure einen ersten Prototyp der Liste geprüft; die nun vorgelegte endgültige Fassung trägt den Ergebnissen dieses Praxistests Rechnung. Mit Hilfe des Instruments sollen KI-Entwickler und Anwender prüfen können, inwieweit KI die von der Expertengruppe zuvor definierten Ethikleitlinien erfüllt. Die Ethikleitlinien waren im April 2019 veröffentlicht worden; auch hierfür hatte es einen ersten Entwurf 2018 gegeben, der sodann einer öffentlichen Konsultation unterzogen worden war, an der sich 500 Personen und Organisationen beteiligt hatten. Die Kommission hatte die hochrangige Expertengruppe KI im Juni 2018 eingerichtet, ihr Mandat endete zum 30.06.2020. Aufgabe der 52 Mitglieder der Gruppe war, die Kommission bei der Umsetzung ihrer KI-Strategie vom April 2018 zu unterstützen. Neben den Ethikleitlinien hat die hochrangige Gruppe im April 2019 auch 33 Empfehlungen für Politik- und Investitionsentscheidungen für eine vertrauenswürdige KI vorgelegt.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/assessment-list-trustworthy-artificial-intelligence-altai-self-assessment>

### **Kommission; Fahrplan für 2021 geplanten Rechtsakt zu KI veröffentlicht**

Die Kommission hat am 23.07.2020 einen Fahrplan, eine sog. Roadmap, für einen Rechtsakt mit Anforderungen an Künstliche Intelligenz (KI) veröffentlicht. Darin legt sie mehrere Handlungsoptionen für eine Initiative dar, mit der Anforderungen an KI im Bereich Grundrechtsschutz und Produktsicherheit festgelegt und eine EU-Governance-Struktur geschaffen werden sollen. Neben rein politischen, nicht-legislativen Maßnahmen führt die Kommission einen Rechtsakt zur Einführung eines freiwilligen Kennzeichnungssystems, eine Verordnung mit verpflichtenden gesetzlichen Anforderungen an KI sowie eine Kombination der Instrumente als Handlungsoptionen auf. Als Zeitpunkt für die Vorlage des Vorschlags wird das erste Quartal 2021 genannt. Der Fahrplan kann bis zum 10.09.2020 kommentiert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12527-Requirements-for-Artificial-Intelligence>

### **Rat, Kommission; 5G-Toolbox - Bericht über die Umsetzung**

Die Koordinierungsgruppe der Mitgliedstaaten für Netz- und Informationssicherheit (sog. NIS-Kooperationsgruppe) hat mit Unterstützung der Kommission und der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) einen Bericht zur Umsetzung der sog. 5G-Toolbox für Cybersicherheit erstellt und am 24.07.2020 veröffentlicht. Bei der Toolbox handelt es sich um ein Instrumentarium von Risikominderungsmaßnahmen bei Telekommunikationsnetzen der fünften Generation (5G), auf das sich die

Mitgliedstaaten im Januar 2020 geeinigt hatten (vgl. BaB 02/2020). Die Kommission hatte die Mitgliedstaaten gebeten, bis zum 30.06.2020 über die Umsetzung der Maßnahmen der Toolbox zu berichten; dies ist mit dem vorliegenden Bericht geschehen. Danach haben alle Mitgliedstaaten begonnen, die Sicherheitsmaßnahmen für 5G-Netze zu prüfen und zu verstärken. So hat eine große Mehrheit die Befugnisse der nationalen Regulierungsbehörden ausgebaut oder ist im Begriff, dies zu tun. Diese Befugnisse erstrecken sich auch auf die Regulierung der Auftragsvergabe für Netzausrüstungen und -dienste durch Betreiber. Einige Mitgliedstaaten haben dem Bericht zufolge Maßnahmen eingeführt, um die Beteiligung von Anbietern nach Maßgabe ihres Risikoprofils einzuschränken. Die Anforderungen an die Sicherheit und Resilienz von Netzen für Mobilfunkbetreiber werden zurzeit in der Mehrheit der Mitgliedstaaten überprüft. Der Bericht mahnt allerdings an, es müssten dringend Fortschritte gemacht werden, um die Gefahr der Abhängigkeit von Hochrisikoanbietern auch auf Unionsebene zu mindern.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/report-member-states-progress-implementing-eu-toolbox-5g-cybersecurity>

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Aufruf für Bewerbungen für den Scientific Council**

Die Kommission hat am 24.07.2020 ein unabhängiges Auswahlkomitee einberufen, um potenzielle Kandidaten für den Scientific Council (den Wissenschaftlichen Rat) des Europäischen Forschungsrates (ERC) zu finden. Nominierungen sind bis 30.09.2020 möglich. Mitglieder des ERC Scientific Council werden durch die Kommission auf Basis von Empfehlungen des Identifikationskomitees ernannt, das die Bewerbungen prüft. Das Komitee bittet die zentralen repräsentativen Organisationen der europäischen Wissenschaftsgemeinde mit Konsultationsbriefen um Benennung geeigneter Kandidaten. Ebenso werden seitens der Kommission Nominierungen durch andere, die europäische Forschung repräsentierende Einrichtungen, begrüßt.

[https://ec.europa.eu/info/news/commission-seeks-candidates-erc-scientific-council-2020-jul-13\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/commission-seeks-candidates-erc-scientific-council-2020-jul-13_de)

### **Kommission; Covid-19-Impfstoff-Forschung**

Die Kommission hat am 22.07.2020 ihre Kofinanzierung zur schnellen Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffes bekannt gegeben. Unterstützt wird konkret die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) in Höhe von 100 Mio. EUR. Die Mittel werden aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020 mobilisiert. Allerdings sollen darunter nur die Entwicklung und nicht die Herstellung des Impfstoffes fallen. Die EU-Unterstützung ist Teil der Zusage der Kommission aus dem Frühjahr 2020, einen Milliardenbetrag aus Horizont 2020 in dringend benötigte Forschung und Innovation zu investieren. Ziel ist es, Diagnostiktests, Behandlungen, Impfstoffe und andere Präventionsinstrumente zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu entwickeln.

[https://ec.europa.eu/info/news/coronavirus-eu-supports-vaccine-research-additional-eu100-million-2020-jul-22\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/coronavirus-eu-supports-vaccine-research-additional-eu100-million-2020-jul-22_en)

### **Rat; Informelle Tagung**

Die Minister für Forschung haben sich bei ihrem ersten informellen Treffen unter deutschem Vorsitz am 21.07.2020 mit dem Beitrag von Forschung und Innovation zu sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Prozessen des Wandels befasst. Neben der Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und der



Forschungs- und Entwicklungsinitiative zu Grünem Wasserstoff standen auch die medizinische Bekämpfung der Corona-Pandemie und die globale Gesundheitsvorsorge auf der Agenda. Zu den Zielen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gehört außerdem die Weiterentwicklung der technologischen Souveränität Europas. So soll ein vertrauenswürdiger Datenraum und ein Europäisches Netzwerk für Künstliche Intelligenz aufgebaut werden. „KI Made in Europe“ soll sich zu einem globalen Wettbewerbsvorteil weiterentwickeln und die technologische Souveränität Europas stärken. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die digitale Bildung gelegt, insbesondere in der beruflichen Bildung. EU-Forschungskommissarin Mariya Gabriel äußerte mit Blick auf die Ergebnisse zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs ihr Bedauern zur Kürzung der Mittel für Forschung und Innovation im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Die Einigung auf dem Gipfel gewährleiste aber, dass die laufenden Forschungsprogramme ohne Unterbrechung weiterlaufen werden können. Sie kündigte an, nach der Sommerpause neue Ziele für den EFR in Form einer Kommissionsmitteilung vorzulegen.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/europa-forschung-innovation-karliczek/2369890>

### **Kommission; Proof of Concept – Auswahl**

Die Kommission hat am 28.07.2020 bekanntgegeben, dass der Europäische Forschungsrat (ERC) insgesamt 55 Forschungsprojekte über den „ERC Proof of Concept-Grant (PoC)-Wettbewerb“ unterstützen wird. Darunter sind acht Forscher in Deutschland, die vom ERC für die Auslotung der Markteinführungschancen ihrer Projekte jeweils 150.000 EUR erhalten. Mit der aktuellen Auswahl von insgesamt 55 Forschern ist die zweite Runde des „ERC Proof of Concept-Grant (PoC)-Wettbewerbs 2020“ abgeschlossen. Die neuen Grants wurden an Forscher aus elf Ländern vergeben: Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich jeweils 8, Niederlande 7, Spanien und Belgien jeweils 6, Italien 5, Israel, Schweiz und Schweden jeweils 2 Grants. Aus Hessen profitiert die TU Darmstadt, mit dem Lehrstuhl Prof. Jan Peters, im Bereich „Assembly Skills“ und „Acquiring assembly skills by robot learning“. Proof-of-Concept-Grants in Höhe von jeweils 150.000 EUR sollen Forschern, die derzeit oder in jüngster Zeit ERC-geförderte Forschung betreiben, helfen, das kommerzielle oder gesellschaftliche Potenzial ihrer ERC-geförderten Arbeit zu erkunden. ERC-Grantees können sich in einer der drei Runden der jährlichen Ausschreibung um Fördermittel bewerben: Die nächste Frist ist der 17.09.2020.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200728--forschungsrat-acht-deutsche-forscher\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200728--forschungsrat-acht-deutsche-forscher_de)

### **Kommission; Brief der Forschungskommissarin an die Abgeordneten des EP**

Am 16.07.2020 wandte sich Forschungskommissarin Mariya Gabriel per Brief an die Abgeordneten des Industrie- und Forschungsausschusses des EP (ITRE), in dem sie die Parlamentarier u.a. über die vom 22.-24.09.2020 stattfindenden „Research and Innovation Days“ unterrichtete. Diese Veranstaltung wird als Schlüsselevent der Generaldirektion Forschung (DG RTD) angesichts der Corona-Situation von der Kommission als Online-Event ausgerichtet werden. Dort soll darüber diskutiert werden, inwiefern Forschung nach Corona eine stärkere Rolle in der Gesellschaft einnehmen soll und als einer der Schlüsselfaktoren in der EU-Politik für die EU-Wiederaufbaustrategie dienen soll. Um die kommenden Herausforderungen zu meistern, bedarf es demnach v.a. einer europaweiten Zusammenarbeit. Eine weitere Information der Forschungskommissarin: Der erste Entwurf des wichtigen Horizon Europe-Strategieplans soll alsbald veröffentlicht werden. Die Ausschüsse der Missionen in Horizon Europe (ein Novum im Forschungsrahmenprogramm) sollen ihren finalen Input für die künftigen Arbeiten bei einer Plenarsitzung während der

„Research and Innovation Days“ abgeben. Die Vorbereitungen für die EU-Partnerschaften schritten ebenfalls voran, berichtete Gabriel. Koprogrammierte und kofinanzierte Partnerschaften sollen im Strategieplan strukturiert in einer Übersicht aufgeführt werden.

[https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/events/upcoming-events/european-research-and-innovation-days\\_en](https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/events/upcoming-events/european-research-and-innovation-days_en)

### **Kommission; Vorläufige Präsidentschaft des EU-Forschungsrats**

Die Kommission hat am 24.07.2020 angekündigt, dass Professor Jean-Pierre Bourguignon ab dem 27.07.2020 die provisorische Präsidentschaft des Europäischen Forschungsrats (ERC) übernehmen wird. Der ERC ist ein fester Pfeiler des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 und auch des künftigen Programms Horizon Europe ab 2021. Professor Bourguignon war bereits von Januar 2014 bis Dezember 2019 Präsident des Forschungsrats. Der neue Vorsitzende wird voraussichtlich im Januar 2021 sein Amt antreten. Der Posten war seit dem überraschenden Rücktritt von Mauro Ferrari nach einer Amtszeit von nur drei Monaten vakant geblieben. Dadurch übernahmen die Stellvertreter Vorsitzfunktionen. Zudem gab die Kommission bekannt, dass die Mandate im Wissenschaftsrat (Scientific Council) des ERC der Professoren Kurt Mehlhorn und Nektarios Tavernarakis bis Ende 2020 verlängert wurden.

<https://erc.europa.eu/news/jean-pierre-bourguignon-back-helm-european-research-council>

## Finanzdienstleistungen

### **Rat; Neue Regeln für Crowdfunding-Plattformen**

Am 20.07.2020 hat der Rat neue Regeln verabschiedet, um die Funktionsweise von Plattformen für Crowdfunding in der gesamten EU zu verbessern. Der neue Rahmen ist Teil des Projekts zur Schaffung einer Kapitalmarktunion, welches darauf abzielt, den Zugang zu neuen Finanzierungsquellen zu erleichtern. Mit den neuen Regeln sollen Hindernisse für Crowdfunding-Plattformen beseitigt werden, indem die Mindestanforderungen für ihre Tätigkeiten in der EU harmonisiert werden. Die neuen Regeln bieten ein hohes Maß an Anlegerschutz und berücksichtigen gleichzeitig die Befolgungskosten für die Anbieter: Sie legen gemeinsame Aufsichts-, Informations- und Transparenzanforderungen fest und enthalten spezifische Anforderungen für einfache Anleger. Die Regeln für EU-Crowdfunding-Unternehmen werden darauf zugeschnitten sein, ob sie ihre Finanzierung in Form eines Darlehens oder einer Investition bereitstellen. Ferner definiert der Rahmen gemeinsame Zulassungs- und Aufsichtsregeln für die zuständigen nationalen Behörden. Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) wird durch einen verbindlichen Streitschlichtungsmechanismus und die Entwicklung technischer Standards eine verstärkte Rolle bei der Erleichterung der Koordinierung und Zusammenarbeit spielen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/07/20/capital-markets-union-council-adopts-new-rules-for-crowdfunding-platforms/>

### **Kommission; Maßnahmenpaket mit Lockerungen von Kapitalmarktvorschriften**

Die Kommission hat am 24.07.2020 ein Maßnahmenpaket mit diversen Erleichterungen vorgeschlagen, um Unternehmen einen vereinfachten Zugang zum Kapitalmarkt zu ermöglichen. Durch die geplanten Änderungen der Kapitalmarktvorschriften zur Überwindung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie soll eine zügige Rekapitalisierung von Unternehmen ermöglicht und die Fähigkeit der

Banken zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung erhöht werden. Das Paket umfasst zunächst einen neuen EU-Wiederaufbauprospekt, der die Kapitalaufnahme an öffentlichen Märkten erleichtern soll. Des Weiteren sind Verbesserungen bei der europäischen Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) geplant, um Investitionen in die Realwirtschaft zu fördern und sowohl für Unternehmen als auch für Anleger Finanzmittel freizusetzen. Ferner sollen die Verbriefungsvorschriften geändert werden, um die Kreditvergabe an Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die Verbriefung notleidender Kredite zu fördern. Ein weiterer vorgelegter Änderungsvorschlag betrifft die Verordnung über Referenzwerte. Dadurch soll die Kommission die Befugnis erhalten, einen Ersatzreferenzwert für den in Einstellung begriffenen Referenzzinssatz LIBOR zu benennen, um Störungen der Finanzmärkte zu vermeiden.

[https://ec.europa.eu/info/publications/200722-proposal-capital-markets-recovery\\_de](https://ec.europa.eu/info/publications/200722-proposal-capital-markets-recovery_de)

### **EZB; Verlängerung der Empfehlung bis Januar 2021 keine Dividenden zu zahlen**

Am 28.07.2020 verlängerte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Empfehlung an die Banken, keine Dividenden zu zahlen und keine Aktien zurückzukaufen bis zum Januar 2021 und forderte die Banken auf, sich bei der variablen Vergütung äußerst moderat zu verhalten. Sie stellte auch klar, dass sie den Banken genügend Zeit geben wird, ihre Kapital- und Liquiditätspuffer wieder aufzufüllen, um nicht prozyklisch zu handeln. Diese aktualisierte Empfehlung zu Dividendenausschüttungen bleibt temporär und außergewöhnlich und zielt darauf ab, die Fähigkeit der Banken zu erhalten, Verluste aufzufangen und die Wirtschaft in diesem Umfeld außergewöhnlicher Unsicherheit zu unterstützen. Die EZB wird unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfelds, der Stabilität des Finanzsystems und der Verlässlichkeit der Kapitalplanung prüfen, ob diese Haltung im vierten Quartal 2020 weiterhin notwendig ist.

[https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ssm.pr200728\\_1~42a74a0b86.en.html](https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ssm.pr200728_1~42a74a0b86.en.html)

## F i n a n z e n

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 0,3% gestiegen**

Am 17.07.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Juni 2020 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 0,3%, gegenüber 0,1% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,3% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Juni bei 0,8%, gegenüber 0,6% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,6% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in CYP (-2,2%), GRI (-1,9%) und EST (-1,6%) gemessen, die höchsten in POL (3,8%), CZR (3,4%) und HUN (2,9%). Im Vergleich zum Vormonat Mai ging die jährliche Inflationsrate in sieben Mitgliedstaaten zurück, während sie in 20 Mitgliedstaaten anstieg. Im Juni kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,60%), gefolgt von Dienstleistungen (+0,55%), Industriegütern ohne Energie (+0,05%) sowie Energie (-0,93%). Die Inflationsrate in DEU betrug im Juni 0,8% zu 0,5% im Mai.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11107832/2-17072020-AP-DE.pdf/a321ba9b-2019-cac1-30f5-4a7fb62dbe9b>

### **Rat; Länderspezifische Empfehlungen des Europäischen Semesters 2020 angenommen**

Am 20.07.2020 verabschiedete der Rat seine Empfehlungen und Stellungnahmen zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten sowie die

Empfehlung für den Euroraum. Die Verabschiedung ist die letzte Stufe des Prozesses des Europäischen Semesters 2020. Der Europäische Rat hat die länderspezifischen Empfehlungen bereits am 17.07.2020 gebilligt. Die diesjährigen länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigen den spezifischen Kontext der Covid-19-Pandemie und die Aktivierung der allgemeinen Fluchtklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Sie spiegeln die folgenden wirtschaftlichen Prioritäten wider: Investitionen in Zugang, Wirksamkeit und Widerstandsfähigkeit der Gesundheitsversorgung; Erhaltung der Beschäftigung und Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Krise; Konzentration auf Forschung und Entwicklung; Gewährleistung der Liquiditätsversorgung und der Stabilität des Finanzsektors sowie die Bewahrung des Binnenmarktes und des Waren- und Dienstleistungsverkehrs.  
<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/07/20/european-semester-2020-country-specific-recommendations-adopted/>

### **Eurostat; Anstieg des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 86,3% des BIP**

Am 22.07.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand im Euroraum und der EU. Am Ende des ersten Quartals 2020, als die Mitgliedstaaten damit begannen weitreichende Covid-19-Eindämmungsmaßnahmen einzuführen, belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im Euroraum auf 86,3%, gegenüber 84,1% am Ende des vierten Quartals 2019. In der EU stieg die Quote von 77,7% auf 79,5% an. Verglichen mit dem ersten Quartal 2019 verringerte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 86,4% auf 86,3%) als auch in der EU (von 80,0% auf 79,5%). Die auf die Covid-19-Krise ergriffenen Maßnahmen dürften erst im zweiten Quartal 2020 zu einem wesentlich erhöhten Finanzierungsbedarf führen. Die höchsten Verschuldungsquoten im Verhältnis zum BIP am Ende des ersten Quartals 2020 wurden in GRI (176,7%), ITL (137,6%), PTL (120,0%), BEL (104,4%) und FRA (101,2%) verzeichnet, die niedrigsten in EST (8,9%), BUL (20,3%) und LUX (22,3%). In DEU stieg der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 59,8% im letzten Quartal 2019 auf 61,3% im ersten Quartal 2020 an.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11129611/2-22072020-AP-DE.pdf/1d4f3b67-3997-30c4-44f2-906ee29b9545>

### **Kommission; Konsultationen zu Energiebesteuerung und CO2-Grenzausgleich**

Am 23.07.2020 hat die Kommission öffentliche Konsultationen zu zwei Initiativen eingeleitet, die darauf abzielen, die Rolle der Besteuerung beim Erreichen der Klimaziele der EU zu maximieren. Die Konsultation zum CO2-Grenzausgleich läuft bis zum 28.10.2020. Hintergrund ist die Gefahr der Verlagerung von CO2-Emissionen. Dieses Problem könnte auftreten, wenn Unternehmen ihre Produktion in Länder verlegen, die weniger strenge Emissionsvorschriften haben. Die Emissionen würden so weltweit nicht reduziert werden. Ein CO2-Grenzausgleich würde dieser Tendenz entgegenwirken. Zudem würden die Mittel dazu beitragen, die EU-Staaten nach der Coronavirus-Pandemie zu entlasten und Schulden könnten zurückgezahlt werden. Die Konsultation der Energiebesteuerungsrichtlinie ist bis 14.10.2020 offen. Die Kommission verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen die Angleichung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom an die Energie- und Klimapolitik der EU als Beitrag zur Verwirklichung der EU-Energieziele für 2030 und zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 sowie zum anderen den Schutz des EU-Binnenmarkts durch Aktualisierung des Anwendungsbereichs und der Struktur der Steuersätze sowie durch sparsamere Verwendung optionaler Steuerbefreiungen und -ermäßigungen.



[https://ec.europa.eu/germany/news/20200723-konsultationen-energiebesteuerung-co2-grenzausgleich\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200723-konsultationen-energiebesteuerung-co2-grenzausgleich_de)

### **Kommission; Gespräch zwischen von der Leyen, Sassoli und Merkel zum Mehrjährigen Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds**

Am 29.07.2020 telefonierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des EP David Sassoli mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel als Regierungschefin des amtierenden zwischen den Mitgliedstaaten rotierenden Ratsvorsitzes bis 31.12.2020. Dabei erörterten sie die nächsten Schritte zur Annahme des Aufbaupakets „NextGenerationEU“ und des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens. Ziel der Beteiligten ist eine rasche Verabschiedung des Pakets. Hierfür vereinbarten sie eine Methode und einen Zeitplan, mit denen sichergestellt werden soll, dass das Aufbaupaket bis zum 01.01.2021 steht. Damit „NextGenerationEU“ zügig anlaufen kann, ist das EP bereit, so schnell wie möglich seine Stellungnahme zum Eigenmittelbeschluss abzugeben. Nach der förmlichen Annahme dieses Beschlusses durch den Rat müssten die Mitgliedstaaten ihn dann nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Verfahren ratifizieren. Außerdem müssen auch die Verhandlungen über die sektoralen Programme im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens noch vor Ende 2020 abgeschlossen werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/READ\\_20\\_1428](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/READ_20_1428)

### **Rat; Einigung über die neuen Verbrauchsteuervorschriften für Alkohol in der EU**

Am 30.07.2020 hat sich der Rat über die neuen Verbrauchsteuervorschriften für Alkohol in der EU geeinigt. Diese Einigung ebnet den Weg für ein besseres Unternehmensumfeld und geringere Kosten für kleine Alkoholerzeuger. Mit den vereinbarten neuen Vorschriften wird sichergestellt, dass kleine und handwerkliche Alkoholhersteller Zugang zu einem neuen EU-weiten Zertifizierungssystem haben, das ihr Recht auf niedrigere Steuersätze in der gesamten Union festschreibt. Ferner wird der Schwellenwert für Bier mit niedrigerem Alkoholgehalt, auf das ermäßigte Steuersätze angewandt werden können, angehoben, um Brauereien zur Herstellung von Getränken mit niedrigerem Alkoholgehalt zu bewegen. Die neuen Vorschriften werden ab dem 01.01.2022 angewandt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_20\\_1429](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1429)

## **S o z i a l e s**

### **Rat; Festlegung des partiellen Mandats zum Europäischen Sozialfonds Plus**

Am 22.07.2020 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten die partielle Verhandlungsposition zum Vorschlag der Kommission vom 28.05.2020 für den Europäischen Sozialfonds Plus (EFS+) gebilligt. Dieser ist Teil des kohäsionspolitischen Legislativpakets für den Programmzeitraum 2021-2027. Das übergreifende politische Ziel der ESF+-Verordnung ist, zur Schaffung eines leistungsfähigeren und widerstandsfähigeren „Sozialen Europas“ und zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte beizutragen. Im Standpunkt des Rats sind die finanziellen Aspekte der Vorschläge vorerst ausgenommen. Sobald sich das EP auf einen Standpunkt geeinigt hat, werden die Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission aufgenommen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9431-2020-INIT/en/pdf>

### **Kommission; Konsultation zum Fahrplan gegen „Greenwashing“-Produkte**

Als Teil der Initiativen, um die Leitinitiative des „Europäischen Green Deal“ umzusetzen, veröffentlichte die Kommission am 20.07.2020 einen Fahrplan zur Verringerung von „Greenwashing“-Produkten und -Dienstleistungen in der EU. Bis zum 31.08.2020 sind Rückmeldungen im Rahmen der Konsultation zur einschlägigen Folgenabschätzung möglich. Im zweiten Quartal 2021 soll ein Verordnungsvorschlag vorgelegt werden. Die Gesetzesinitiative soll dazu dienen, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre Angaben zum ökologischen Fußabdruck ihrer Produkte und Dienstleistungen durch standardisierte Qualifizierungsmaßnahmen zu belegen. Angaben sollen vergleichbar und überprüfbar gemacht werden und so „Greenwashing“, d.h. die Vermittlung eines falschen Eindrucks der Umweltauswirkungen eines Unternehmens, verhindern. Zudem werden Abnehmer und Anleger nachhaltigere Entscheidungen treffen können und das Vertrauen der Verbraucher zu Umweltzeichen und umweltrelevanten Informationen wird gestärkt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12511-Environmental-claims-based-on-environmental-footprint-methods>

## L a n d w i r t s c h a f t

### **Rat; Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

Am 20.07.2020 fand der erste Landwirtschaftsrat unter deutschem Vorsitz statt. Neben der GAP standen die Auswirkungen der Pandemie und die sog. „Farm-to-Fork“-Strategie auf der Agenda. Ministerin Julia Klöckner bekräftigte, bei der GAP werde es eine Neuausrichtung geben hin zu mehr Umwelt-, mehr Klimaschutz und mehr Tierwohlstandards. Es werde in der ersten Säule, in der es um Direktzahlungen geht, keine Zahlungen geben, ohne dass diese an Konditionen geknüpft seien. Zu den Regelungen über die künftige GAP sind abgesehen von Übergangsregelungen (für den Beginn der Förderperiode) derzeit noch keine Vereinbarungen im Gesetzesverfahren für die ganze Förderperiode getroffen worden. Die Farm-to-Fork-Strategie (F2F) der Kommission wiederum soll zu einem gesunden und umweltfreundlichen Lebensmittelsystem beitragen. Sie sieht u.a. vor, den Einsatz von Düngemitteln zu reduzieren. Im Rahmen der Strategie sollen nun Schlussfolgerungen des Rates bis Oktober 2020 erarbeitet werden. Agrarkommissar Wojciechowski erklärte, die Kommission wolle im letzten Quartal des Jahres 2020 Empfehlungen zur Umsetzung der Ziele des Europäischen Green Deals vorlegen. Die Empfehlungen müssten die Mitgliedstaaten berücksichtigen. Sie würden auch Bewertungsgrundlage für die Annahme der nationalen GAP-Strategiepläne durch die Kommission sein. Der Kommissar betonte auch, dass es keine Diskussion mehr über den freiwilligen bzw. verpflichtenden Charakter der Öko-Regelungen in der GAP geben dürfe, sondern dass eine Einigung über die Festlegung eines Mindestanteils der Direktzahlungsbudgets für ökologische Regelungen nötig sei. Eine solche Zweckbindung für Öko-Regelungen verbessere die Umwelleistung der Direktzahlungen und der gesamten GAP. Bei der Aussprache im Rat bekannten sich die Mitgliedstaaten überwiegend zu höheren Umwelt- und Klimaambitionen der GAP.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/agrarpolitik-eu-deutsche-ratspraesidentschaft/2369676>

### **Kommission; Leitfaden für Vertraulichkeit bei gerichtlichen Kartellverfahren**

Die Kommission hat am 20.07.2020 einen Leitfaden zum Schutz vertraulicher Informationen durch nationale Gerichte in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts angenommen. In dem Leitfaden wird eine Reihe von Mitteln vorgestellt (z. B. Unkenntlichmachung, Vertraulichkeitskreis, Heranziehung von Sachverständigen oder Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit), die die nationalen Gerichte je nach ihrem verfahrensrechtlichen Rahmen zum Schutz vertraulicher Informationen bei Offenlegungsanträgen während und nach Abschluss des Verfahrens anordnen können. Die Mitteilung ist für die nationalen Gerichte nicht bindend und bewirkt keine Änderung der in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Verfahrensvorschriften für Zivilverfahren.

[https://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/evidence\\_en.html#conf\\_inf](https://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/evidence_en.html#conf_inf)

### **Rat; Bestellung der Europäischen Staatsanwälte**

Der Rat hat am 27.07.2020 Europäische Staatsanwälte ernannt. Für DEU wurde der Leiter der Staatsanwaltschaft Rostock, Leitender Oberstaatsanwalt Andrés Ritter, ausgewählt. Die Europäische Staatsanwaltschaft wird als unabhängige Stelle der EU für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung sowie die Anklageerhebung in Bezug auf Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union zuständig sein. Hierzu führt sie die entsprechenden Ermittlungen, ergreift Strafverfolgungsmaßnahmen und nimmt vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten die Aufgaben der Staatsanwaltschaft wahr. Die Europäische Staatsanwaltschaft soll Ende 2020 mit Sitz in LUX ihre Arbeit aufnehmen. Derzeit beteiligen sich 22 Mitgliedstaaten mit jeweils einem Mitglied.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14830-2019-INIT/de/pdf>

### **EuGH; Staatliche Entschädigung für Opfer von Straftaten**

Der EuGH hat am 16.07.2020 in der Rechtssache C-129/19 (Presidenza del Consiglio dei Ministri/BV) entschieden, dass die Mitgliedstaaten allen Opfern einer vorsätzlichen Gewalttat, und zwar auch denen, die in ihrem eigenen Hoheitsgebiet wohnen, eine Entschädigung gewähren müssen. Die Entschädigung muss den Schaden nicht vollständig wiedergutmachen, darf aber nicht rein symbolisch sein. Gegenstand der Entscheidung war Art. 12 Abs. 2 der Richtlinie zur Entschädigung der Opfer von Straftaten (RL 2004/80/EG). Danach tragen „alle Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass in ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften eine Regelung für die Entschädigung der Opfer von in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vorsätzlich begangenen Gewalttaten vorgesehen ist, die eine gerechte und angemessene Entschädigung der Opfer gewährleistet“.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228681&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9876758>

### **EuGH; Schlussanträge – Europäische Ermittlungsanordnung und deutsche Staatsanwaltschaft**

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 16.07.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-584/19 (Staatsanwaltschaft Wien) zu der Frage vorgelegt, ob die im Zusammenhang mit dem Europäischen Haftbefehl ergangene EuGH-Rechtsprechung zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft auf die Europäische Ermittlungsanordnung übertragen werden kann. Er kam zu dem Schluss, dass die deutsche Staatsanwaltschaft eine Europäische Ermittlungsanordnung erlassen darf.



<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228705&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9965077>

### **EuGH; Schlussanträge – Haftung von Online-Plattformen für Urheberrechts-Verletzungen**

Generalanwalt Saugmandsgaard Øe hat am 16.07.2020 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-682/18 (Frank Peterson/Google LLC, YouTube LLC, YouTube Inc. und Google Germany GmbH) sowie C-683/18 (Elsevier Inc./Cyando AG) zu der Frage vorgelegt, ob Betreiber von Online-Plattformen wie YouTube und Uploaded für das rechtswidrige Hochladen geschützter Werke haften. Nach Auffassung des Generalanwalts haften Betreiber von Online-Plattformen nach dem derzeitigen Stand des Unionsrechts jedenfalls nicht unmittelbar für das rechtswidrige Hochladen geschützter Werke durch Nutzer dieser Plattformen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228712&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9961459>

### **EuGH; Schlussanträge – Klagebefugnis gegen eine Durchführungsverordnung der Kommission**

Generalanwalt Michael Bobek hat am 16.07.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-352/19 P (Région de Bruxelles-Capitale/Kommission) zu der Frage vorgelegt, ob die Region Brüssel-Hauptstadt klagebefugt ist für ihre Klage beim EuG auf Nichtigerklärung der Durchführungsverordnung der Kommission zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat (VO (EU) 2017/23241). Der Generalanwalt plädierte für eine offenere Auslegung des Kriteriums der unmittelbaren Betroffenheit. Das Gericht habe die Klagebefugnis der Region Brüssel-Hauptstadt hinsichtlich der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat rechtsfehlerhaft abgelehnt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228708&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9817026>

I n n e r e s

### **Kommission; Sicherheitsunion**

Die Kommission hat am 24.07.2020 eine neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion für den Zeitraum 2020 bis 2025 vorgestellt. In dieser Strategie werden vier strategische Prioritäten für Maßnahmen auf EU-Ebene festgelegt: (1) Ein zukunftsfähiges Sicherheitsumfeld von zentralen Online- und Offline-Infrastrukturen. (2) Bekämpfung sich wandelnder Bedrohungen, insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität. (3) Schutz der Europäer vor Terrorismus und organisierter Kriminalität. (4) Ein starkes europäisches Sicherheitsökosystem durch eine bessere Vernetzung der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, insbesondere Stärkung von Europol und Eurojust.

[https://ec.europa.eu/info/files/communication-eu-security-union-strategy\\_de](https://ec.europa.eu/info/files/communication-eu-security-union-strategy_de)

### **Kommission; Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern**

Die Kommission hat am 24.07.2020 ihre Strategie zu einer intensiveren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgestellt. Darin wird eine Reihe von Initiativen für den Zeitraum von 2020 bis 2025 vorgeschlagen, die auf Folgendes abzielen: (1) Vorbereitende Maßnahmen zur Einrichtung eines neuen Europäischen Zentrums zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. (2) Einrichtung eines Präventionsnetzes. (3) Umsetzung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern (Richtlinie 2011/93/EU), die Ermittlung von Gesetzeslücken und die Erwägung neuer

Rechtsvorschriften. (4) Verstärkung der Strafverfolgung und Bereitstellung finanzieller Mittel für die Entwicklung digitaler Fähigkeiten von Europol und der Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten.

[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/cybercrime/child-sexual-abuse\\_en](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/cybercrime/child-sexual-abuse_en)

### **EuGH; Vertragsverletzungsverfahren gegen ROM und IRL**

Der EuGH hat am 16.07.2020 in den Rechtssachen C-549/18 (Kommission/ROM) und C-550/18 (Kommission/IRL) ROM und IRL verurteilt, an die Kommission einen Pauschalbetrag in Höhe von 3 Mio. EUR bzw. 2 Mio. EUR zu zahlen. Beide Mitgliedstaaten (MS) haben die Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (RL (EU) 2015/849) nicht fristgerecht vollständig umgesetzt. Zum Hintergrund: Eine Vertragsverletzungsklage, die sich gegen einen MS richtet, der gegen seine Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstoßen hat, kann von der Kommission oder einem anderen MS erhoben werden. Stellt der EuGH die Vertragsverletzung fest, hat der betreffende MS dem Urteil unverzüglich nachzukommen. Ist die Kommission der Auffassung, dass der MS dem Urteil nicht nachgekommen ist, kann sie erneut klagen und finanzielle Sanktionen beantragen. Hat ein MS der Kommission die Maßnahmen zur Umsetzung einer Richtlinie nicht mitgeteilt, kann der EuGH auf Vorschlag der Kommission jedoch bereits mit dem ersten Urteil Sanktionen verhängen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228664&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9873285>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228678&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9873470>

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Fünf neue Exzellenzcluster für berufliche Bildung erhalten Förderung**

Die Kommission hat am 30.07.2020 fünf neue grenzüberschreitende Exzellenzcluster im Bereich berufliche Bildung ausgewählt. Bei den Plattformen kooperieren Partner aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten der EU in den Bereichen ökologische Stadtgestaltung, Mikroelektronik sowie der Möbel- und Holzbranche. Die Projekte erhalten jeweils bis zu 4 Mio. EUR aus dem Förderprogramm Erasmus+. Zu den deutschen Projektpartnern gehört z.B. der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH).

[https://ec.europa.eu/growth/industry/policy/cluster/excellence\\_en](https://ec.europa.eu/growth/industry/policy/cluster/excellence_en)

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Studie zu Medienfreiheit und -pluralismus veröffentlicht**

Das Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit hat am 23.07.2020 eine von der EU finanzierte Studie zu Medienpluralismus und Medienfreiheit, den sog. „Media Pluralism Monitor“ (MPM2020), veröffentlicht. Die Studie untersucht seit 2016 Risiken für den Medienpluralismus in der EU-27, GBR, Albanien und der Türkei. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es aktuell in allen untersuchten Staaten Gefahren für die Medienfreiheit und den Medienpluralismus gibt. Der digitale Wandel hat die Situation im Bereich Medienpluralismus nicht verbessert; digitale Risiken sind, so die

Studie, nicht geringer als „traditionelle“ Risiken für den Mediensektor. Angesichts der globalen Reichweite von Unternehmen, die den digitalen Sektor dominieren, ist es möglicherweise sogar noch schwieriger, den Risiken zu begegnen. Die Studie weist auch auf physische Angriffe und Angriffe im Internet auf Journalisten in einigen Ländern hin. Die Ergebnisse der Studie werden in den für September erwarteten Rechtsstaatsbericht der Kommission einfließen. Außerdem sollen sie bei der Erarbeitung des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Aktionsplans für Medien und Audiovisuelles berücksichtigt werden.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/media-pluralism-monitor-2020-upgraded-media-pluralism-monitor-confirms-risks-media-pluralism>

### **Kommission; Studie zu strategischen Klagen gegen Journalisten vorgelegt**

Die Kommission hat am 23.07.2020 eine Studie über die missbräuchliche Anwendung von Klagen, um Kritiker einzuschüchtern und öffentliche Kritik zu unterbinden (sog. SLAPPs, Strategic Lawsuits Against Public Participation - Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung), vorgelegt. Die Studie hat aktuelle Literatur ausgewertet, um zu ermitteln, inwieweit SLAPPs in den Mitgliedstaaten bereits genutzt werden, um Journalisten einzuschüchtern. Sie untersucht, inwieweit derartige Klagen die europäische Demokratie und Grundrechte bedrohen, inwieweit weiterer Forschungsbedarf besteht und erörtert Handlungsansätze für den EU-Gesetzgeber. Die Studie ist ein weiteres Instrument, um den Europäischen Aktionsplan für Demokratie und den Medien-Aktionsplan der Kommission vorzubereiten.

[https://ec.europa.eu/info/files/ad-hoc-literature-review-and-preliminary-analysis-key-elements-about-strategic-lawsuits-against-public-participation-slapp\\_en](https://ec.europa.eu/info/files/ad-hoc-literature-review-and-preliminary-analysis-key-elements-about-strategic-lawsuits-against-public-participation-slapp_en)

## E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

### **Kommission; EU erleichtert Kreditvergabe für Kultur- und Kreativbranche in der Coronakrise**

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 29.07.2020 mitgeteilt, dass sie Kultur- und Kreativunternehmen in der Coronakrise den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern wollen. Zur Erreichung dieses Ziels wurde die Garantiefazilität für den kulturellen und kreativen Sektor angepasst, um Unternehmen mehr Flexibilität bei der Rückzahlung von Darlehen zu ermöglichen, die über Finanzintermediäre wie Banken und Sparkassen durchgereicht werden. Damit sollen die durch die Coronakrise verursachten wirtschaftlichen Engpässe abgemildert werden. Von den Maßnahmen sollen verschiedene Kreativbranchen, darunter Nachrichtenmedien, audiovisuelle Medien, Design, bildende Kunst, Musik und Architektur profitieren. Die neuen Unterstützungsmaßnahmen werden ab dem 01.08.2020 verfügbar sein und gelten rückwirkend für Kredite, die ab dem 01.04.2020 fällig werden. Dies werde im Rahmen der bestehenden Garantiefazilität für den kulturellen und kreativen Sektor über einen neuen Aufruf erfolgen. Sie werde sowohl bestehenden Finanzintermediären, die bereits mit dem EIF zusammenarbeiten, als auch neuen Anbietern zugutekommen, um weitere 500 Unternehmen zu unterstützen. Die Überarbeitung dieses Finanzinstruments, mit dem bereits über 2000 Unternehmen des kulturellen und kreativen Sektors in ganz Europa unterstützt würden, verbessere den Zugang zu Finanzmitteln für KMU und kleine öffentliche Unternehmen in der Branche weiter. Sie schaffe neue Anreize für Finanzintermediäre, flexiblere Darlehensbedingungen anzubieten. Bewerbungsschluss ist der 31.10.2020.

[https://www.eif.org/what\\_we\\_do/guarantees/cultural\\_creative\\_sectors\\_guarantee\\_facility/financial\\_intermediaries.htm](https://www.eif.org/what_we_do/guarantees/cultural_creative_sectors_guarantee_facility/financial_intermediaries.htm)

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen bis zum nächsten Bericht aus Brüssel (04.09.2020) wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

26.08.2020            Informelle Tagung der Verteidigungsminister  
27.-28.08.2020      Informelle Tagung der Außenminister  
31.08.-01.09.2020   Informelle Tagung der Landwirtschaftsminister

### **Europäische Kommission**

Aufgrund der Sommerpause finden zur Zeit keine Sitzungen des Kommissionskollegiums statt.

### **Europäisches Parlament**

Aufgrund der Sommerpause finden Plenarsitzungen des EP erst wieder am 14.-17.09.2020 statt.

### **Ausschuss der Regionen**

Aufgrund der Sommerpause finden Sitzungen des AdR erst wieder Anfang September statt.

### **Europäischer Gerichtshof**

06.08.2020            Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in dem Eilvorabentscheidungsverfahren      C-195/20      PPU  
(Generalbundesanwalt      beim      Bundesgerichtshof)  
(Grundsatz der Spezialität): Europäischer Haftbefehl

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 04.09.2020.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
<b>Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)</b>	<b>EVP</b>
<b>Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament</b>	<b>S&amp;D</b>
<b>Fraktion Renew Europe</b>	<b>RN</b>
<b>Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz</b>	<b>GRÜNE</b>
<b>Europäische Konservative und Reformisten</b>	<b>ECR</b>
<b>Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke</b>	<b>GUE</b>
<b>Fraktion Identität und Demokratie</b>	<b>ID</b>
<b>Fraktionslos</b>	<b>FL</b>
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
<b>Belgien</b>	<b>BEL</b>
<b>Bulgarien</b>	<b>BUL</b>
<b>Dänemark</b>	<b>DNK</b>
<b>Deutschland</b>	<b>DEU</b>
<b>Estland</b>	<b>EST</b>
<b>Finnland</b>	<b>FIN</b>
<b>Frankreich</b>	<b>FRA</b>
<b>Griechenland</b>	<b>GRI</b>
<b>Irland</b>	<b>IRL</b>
<b>Italien</b>	<b>ITL</b>
<b>Kroatien</b>	<b>KRO</b>
<b>Lettland</b>	<b>LET</b>
<b>Litauen</b>	<b>LIT</b>
<b>Luxemburg</b>	<b>LUX</b>
<b>Malta</b>	<b>MTA</b>
<b>Niederlande</b>	<b>NDL</b>
<b>Österreich</b>	<b>AUT</b>
<b>Polen</b>	<b>POL</b>
<b>Portugal</b>	<b>PTL</b>
<b>Rumänien</b>	<b>ROM</b>
<b>Schweden</b>	<b>SWE</b>
<b>Slowakei</b>	<b>SLK</b>
<b>Slowenien</b>	<b>SLO</b>
<b>Spanien</b>	<b>ESP</b>
<b>Tschechische Republik</b>	<b>CZR</b>
<b>Ungarn</b>	<b>HUN</b>
<b>Zypern</b>	<b>CYP</b>
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
<b>Vereinigtes Königreich</b>	<b>GBR</b>
<b>Vereinigte Staaten von Amerika</b>	<b>USA</b>